



**Bildung für alle statt sozialer Selektion. Wir fordern Zulassungshürden abzuschaffen und soziale Infrastruktur auszubauen.**

Nachdem er in der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerk [sic!] gefehlt hat, ist er jetzt endlich da: der aktuelle Bildungstrichter! Der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften stellt fest: Der Bildungsgrad der Eltern spielt weiterhin eine große Rolle bei den Chancen auf ein Studium. Dem muss endlich entgegen gewirkt werden!

Dafür wären verschiedene Maßnahmen notwendig. „Zum einen ist es an der Zeit, Zulassungsbeschränkungen, die Menschen aus nicht akademisch geprägten Haushalten stärker betreffen, ersatzlos abzuschaffen. Stattdessen muss eine umfassende Grundfinanzierung der Hochschulen angestrebt werden, die ihnen ermöglicht, ihre Kapazitäten den steigenden Student\*innenzahlen anzupassen“, so Eva Gruse aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von student\*innenschaften. Denn wie auch die Diskussion um den NC in der Humanmedizin gezeigt hat, manifestieren sich hier insbesondere gesellschaftliche Unterschiede.

„Die soziale Lage der Bewerber\*innen auf einen Studienplatz muss endlich als Ausschlussmechanismus begriffen, und als dieser bekämpft werden. Das bedeutet auch, dass das BAföG ein elternunabhängiger Vollzuschuss werden muss“, betont Konstantin Korn aus dem Vorstand des freien Zusammenschluss von student\*innenschaften. Der letzte BAföG Bericht der Bundesregierung hat sehr deutlich gemacht, dass immer weniger anspruchsberechtigte Student\*innen BAföG bekommen, was nicht zuletzt an den dabei entstehenden Schulden liegt.

Nathalie Schäfer vom freien Zusammenschluss von student\*innenschaften ergänzt: „Aber auch abseits des BAföG stapeln sich die Probleme für Studienanfänger\*innen und Menschen mit dem Wunsch, ein Studium zu beginnen. So ist bezahlbarer Wohnraum insbesondere in Städten mit vielen Student\*innen knapp bemessen - auch die Wohnraumpauschale des BAföG reicht schon lange nicht mehr, selbst die Miete für ein Zimmer im Wohnheim liegt häufig bei über 250€.“ Die Wohnraumpolitik muss dringend an den Bedürfnissen der Menschen, anstatt nach möglichst

freier Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) e.V.  
Wöhlerstraße 19  
10115 Berlin

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94  
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96  
[www.fzs.de](http://www.fzs.de)  
[info@fzs.de](mailto:info@fzs.de)

Vorstand  
Nathalie Schäfer  
Tobias Eisch  
Eva Gruse  
Konstantin Korn

[vorstand@fzs.de](mailto:vorstand@fzs.de)

Berlin, den 10.05.2018

profitabler Verwertung ausgerichtet werden. Wir brauchen günstigen und guten Wohnraum für Student\*innen, andere Personen mit geringem Einkommen sowie für auf dem Wohnungsmarkt Benachteiligte.

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 80 Mitgliedern vertritt der fzs über 800.000 Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in ESU - European Students' Union und in der International Union of Students (IUS).